



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 15.10.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Handtmann
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Wiest

Stellvertreter:

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Dr. Biege, Kulturdezernat
Herr Buchmann, Kulturamt TOP 1
Herr Keinath, Liegenschaftsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz ab TOP 2

Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Simon, Hauptamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Frau Engler, Jugend Aktiv
Herr Dr. Gemmer, Verein Abenteuerspielplatz
Herr Mäule, Schwäbische Zeitung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Zustiftung „Freya von Moltke Stiftung“ in Höhe vom 10.000 €	167/2007
2.	Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag	172/2007

Die Mitglieder wurden am 04.10.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 11.10.07 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 167/2007 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback führt kurz in das Thema ein.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, das Thema hätte auch im Rahmen des Haushaltsplans beraten werden können. Man sehe jedoch, dass Gefahr im Verzug sei, weshalb die Fraktion sich mit der Sonderzahlung einverstanden erkläre.

StRin Kübler zeigt sich namens der SPD-Fraktion überzeugt, dass die Begegnungsstätte erhalten werden müsse. Sie enthalte eine exzellente Dokumentation, die Zivilcourage ausstrahle. Sie erkundigt sich nach der Höhe des Stiftungsvermögens und wer dem Stiftungsrat angehöre.

StR Zügel lässt wissen, die Freien Wähler hätten zu diesem Thema eine doppelte Sensibilität. Zum einen gehe es um die Erinnerung an den Widerstand und zum anderen um die Nähe zur Partnerstadt Schweidnitz. Es sei daher eine vornehme Aufgabe der Stadt, einen Beitrag zu leisten, um jüngeren Generationen ein Zeichen zu setzen und wach zu rütteln. Diese Aufgabe müsse auch für die Zukunft sichergestellt werden, weshalb man der Zustiftung zustimme.

StR Gehring schließt sich namens der Grünen den Ausführungen StR Zügels an. Dies sei ein Anlass zur Würdigung des Ortes. Man müsse Kinder und Jugendliche an den Faschismus erinnern und sie mit diesem konfrontieren.

StR Funk sieht das Thema kritischer. Klar sei, dass man die Geschichte des Hofguts erhalten müsse. Die Frage sei jedoch, wie dies erfolge und er habe Zweifel, ob eine Zustiftung eine kommunale Aufgabe sei. Er gibt zu bedenken, dass man vor einiger Zeit die Mittel für die Partnerschaften gekürzt habe. Er fragt, warum gerade 10.000 € zugestiftet werden sollten und wie sichergestellt werde, dass mit den Mittel geschehe, was man beabsichtige. Er fände es besser, man würde in Biberach etwas investieren zur Erinnerung an den Faschismus. Durch die Zustiftung sei das Geld weit weg und unklar, ob die Ausgabe nachhaltig sei.

OB Fettback betont, es handle sich um eine Bildungsstätte und es bestehe die Nähe zur Partnerstadt Schweidnitz. Auch habe man eine kommunale Verantwortung bei dieser Aufgabe. Es sei vorgesehen, die Mittel in Ergänzung zum Kulturbudget zur Verfügung zu stellen, da es sich auch um eine politische Entscheidung handle.

Herr Dr. Biege lässt wissen, es reisten immer wieder Jugendliche aus Biberach nach Kreisau und man wolle durch die Zustiftung etwas zum Projekt beisteuern. Es handle sich um eine deutsch-polnische Stiftung mit soliden Gremien. Nur aufgrund der derzeit nicht besonders guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen stagniere das Projekt etwas. Die Höhe des Stiftungsvermögens müsse er zuerst eruieren.

Auf Frage von StRin Vollmer, warum die Resonanz von Schülern so gering sei, lässt Herr Dr. Biege wissen, Veranstalter seien die Europaunion und Jugend Aktiv. Die etwas geringe Resonanz resultiere daraus, dass Polen für Jugendliche keine so interessante Destination sei.

StR Funk fragt, wie viel Mittel aus dem Europaetat stammten. Wenn der Zuschuss nicht das erhoffte Ergebnis bringe, wäre es seines Erachtens umso wichtiger, vor Ort zu handeln.

StR Zügel meint, die Diskussion drifte in eine falsche Richtung ab. Sie habe nichts mit dem Kulturbudget zu tun, sondern man wolle eine Schweidnitzer Stiftung unterstützen, was eine andere politische Zielrichtung sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. An die Bürgerstiftung „Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau“ erfolgt eine Zustiftung in Höhe von 10.000 €, um mit diesem Beitrag die internationale Begegnungsstätte Kreisau langfristig zu sichern.**
- 2. Die Zustiftung wird nicht aus dem Kulturbudget finanziert. Es entsteht dadurch eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe vom 10.000 €. Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe ist gewährleistet über Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 172/2007 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback verweist auf die Vorlage und nennt als weiteren Vorteil der Mitgliedschaft die zunehmende Delegation öffentlicher Aufgaben an Kommunen ohne entsprechende Finanzausstattung. Durch die Mitgliedschaft beim Deutschen Städtetag habe man ein Mitgestaltungsrecht beim Gesetzgebungsverfahren.

StR Dullenkopf kündigt keine einheitliche Abstimmung der CDU-Fraktion an. Man gehe davon aus, dass man vom Oberbürgermeister aufgrund der Mitgliedschaft keine Klagen wegen Arbeitsüberlastung hören werde. Manche Mitglieder der CDU-Fraktion forderten den Austritt aus dem baden-württembergischen Städtetag, worauf OB Fettback zu verstehen gibt, dies sparte nur 600 €.

StRin Drews fragt, ob man die genannten Informationen wirklich nur durch eine Mitgliedschaft erhalte und warum man nicht die Informationen gleichzeitig allein durch eine Mitgliedschaft im Städtetag Baden-Württemberg erhalte, zumal viele Informationen im Netz verfügbar seien. Im übrigen genüge es nicht, Informationen zu erhalten, sondern es sei deren Umsetzung erforderlich. Sie stellt den Mehrwert in Frage und erkundigt sich nach dem personellen Aufwand im Falle einer Mitgliedschaft.

StR Zügel meint dagegen, wenn Vorteile erkennbar seien, folge man dem Antrag. Diesen sehe man auch als kleines Symbol, dass Biberach sich eher nach oben orientiere. Die Freien Wähler meinten aber, dass man dann konsequent sein und nicht in drei Ligen spielen sollte. Er **beantragt**, den beschlossenen Austritt aus dem Gemeindetag umzusetzen.

Auf die Klarstellung von OB Fettback, dass der Austrittsbeschluss aufgrund von Kündigungsfristen nicht gleich vollzogen werden können und der Gemeinderat vor dem Vollzug beschlossen habe, die Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten, modifiziert StR Zügel den Antrag wie folgt: „**Die Stadt tritt aus dem Gemeindetag aus.**“

StR Späh findet die Beitrittsargumente überzeugend. Ein Verband sei nur so stark wie seine Mitglieder, weshalb auch kleinere Gemeinden im Deutschen Städtetag Mitglied sein sollten. Er fragt, ob es Reibungsverluste durch die Mitgliedschaft in beiden Städtetagen geben werde.

StR Funk ist gegen den Beitritt und möchte vorab den Gemeinderatsbeschluss zur Mitgliedschaft im Gemeindetag erhalten. Fraglich erscheine auch der angegebene Deckungsvermerk, Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Freien Wähler bezeichnet er als „Wundertüte“. Bislang sei offensichtlich keine vergleichbar große Stadt Mitglied im Städtetag und die genannten Beispiele seien nicht überzeugend. Momentan erhalte man nur Vorlagen, die die gute finanzielle Situation widerspiegeln. Zunächst sollten jedoch die Bürger an den Mehreinnahmen partizipieren und etwas zurück erhalten. Wolle man Strukturen ändern, sei keine Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag erforderlich.

OB Fettback stellt klar, durch die Mitgliedschaft könnten unter anderem Netzwerke aufgebaut werden. Auch sei es von Vorteil, sehr gut informiert zu sein. Ansonsten erlebe man die Diskussio-

nen nicht mit direktem Zugriff auf die Verantwortlichen. Man habe nicht nur die Möglichkeit, Informationen abzurufen, sondern auch Mitgestaltungsmöglichkeiten. Als Beispiel nennt er das Projekt IZBB und den Umgang mit Privatschulen. Durch beide Mitgliedschaften seien keine evidenten Reibungsverluste zu erwarten. Die Forderungen der einzelnen Organisationen seien zu 80% deckungsgleich, Unterschiede seien aber beispielsweise bei der Einstellung zur Verwaltungsreform oder zum Thema Schulen feststellbar.

StR Funk **beantragt Vertagung**, bis geklärt sei, wann welcher Beschluss gefasst worden sei.

StR Dullenkopf spricht sich gegen eine Vertagung aus. Die Information zum Gemeindetag habe mit dem Antrag nichts zu tun, sondern beleuchtete nur die Historie eines anderen Vorgangs.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 3 Ja-Stimmen (StRe Drews, Funk, Kübler) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

OB Fettback stellt noch klar, mit dem Beitritt sei kein personeller Aufwand verbunden. Eventuell werde er in einem Ausschuss Mitglied, dies sei jedoch keine verlorene Arbeitszeit.

StRin Drews sieht jedoch nicht, dass durch kleine Kommunen etwas bewegt werden könnte, da sie zahlenmäßig zu wenig vertreten seien.

OB Fettback widerspricht dieser Einschätzung.

StR Späh empfiehlt, den Antrag der Feien Wähler zurückzustellen, bis die Beschlusslage klar sei. Er bittet OB Fettback mitzuteilen, welche Einschätzung er zur Mitgliedschaft im Gemeindetag vertrete.

OB Fettback lässt wissen, er finde sich eher im Städtetag wieder. Es habe jedoch auch die Mitgliedschaft im Gemeindetag ihre Berechtigung. Beispielsweise könne man dann einen Gleichklang der Beschlüsse dieser Organisationen herstellen.

OV Aßfalg lässt wissen, der Gemeindetag biete Fortbildungen, die der Städtetag nicht anbiete. Es finde zweimal im Jahr für Ortsvorsteher in wechselnden Gemeinden eine sehr informative Tagung statt.

OV Krause meint, auch die Stadt profitiere von der Mitgliedschaft im Gemeindetag. Beispielsweise existiere eine Arbeitsgemeinschaft zur Ortschaftsverfassung.

StR Zügel stellt klar, Motiv für den beantragten Austritt seien nicht in erster Linie die Finanzen, sondern dass die städtischen Interessen beim Städtetag besser vertreten würden und da drei Mitgliedschaften auch Arbeit und Termine bedeuteten. Es stelle sich auch die Frage, zu welcher Gruppe man sich gehörig fühle und laut Auskunft der Verwaltung sei der Städtetag geeigneter. Daher solle man sich auf die wesentlichen Interessensvertretungen konzentrieren und nur beim Städtetag Mitglied bleiben.

Herr Simon gibt zu verstehen, beide Spitzenverbände hätten unterschiedliche Stärken. So liege diese beim Städtetag in der strategischen Ausgestaltung und beim Gemeindetag auf der Arbeitsebene, indem pragmatische Hilfen geboten würden.

Es wird vereinbart, den Antrag der Freien Wähler zum Austritt aus dem Gemeindetag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu diskutieren.

Anschließend fasst der Hauptausschuss bei 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen (StRe Drews, Funk, Garlin, Kübler) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Stadt Biberach beantragt die unmittelbare Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag.

Hauptausschuss, 15.10.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig